

An Redaktion Höchster Kreisblatt
Verteiler:
Redaktion Frankf. Rundschau
Frankfurter Neue Presse
Hattersheimer Stadtanzeiger
Oppositionsparteien Hattersheim

z. Hd. v. H. Kajo Schmidt

Betrifft: Offener Brief über undemokratische willkürliche Entscheidungen im Rathaus Hattersheim

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bitte Sie anliegenden offenen Brief in ihrer Zeitung ungekürzt und ohne Änderungen zu veröffentlichen, damit die Bürger von Hattersheim erfahren wie die Stadtverwaltung die Grundsätze unserer Demokratie beschädigt. Ich möchte damit verhindern, dass man uns später einmal Feigheit vorwirft, weil wir diktatorische Vorgehensweisen nicht offiziell anzeigten. Ich empfinde, dass hier die gleichen Menschen, die heutzutage den Bürgern um 1930 Feigheit vorwerfen, sich nun in ähnlicher Form gegen unsere demokratische Ordnung schuldig machen.

Ich lese Ihre Zeitung täglich und habe den Eindruck, dass Sie die Geschehnisse um den Altbürgermeister über Gebühr wohlwollend beschreiben. Gleichzeitig haben Sie aber auch die Skandale um seinen Wahlbetrug und seine Klüngleien bezüglich Bauplatzvergaben mutig veröffentlicht. Letzteres gibt mir die Zuversicht mich an Sie zu wenden. Aus meinen 14 Büchern und den 12 Beiträgen im MTK- Jahrbuch können Sie entnehmen, dass ich wiederholt für ein Gedenken an NS-Opfer geschrieben habe und dass ich unbedingt für ein Gedenken ALLER NS- Opfer einstehe und diese bitte nicht je nach ihrer Nationalität diskriminiert. Und ich kann nicht hinnehmen, dass man in einer demokratischen Gesellschaft die eigenen Bürger ohne ihr Einverständnis projiziert - über eine Entscheidung einer einseitigen selbst ernannten AG unter Abstimmungsausschluss aller betroffenen Haushalte. Einwände und Argumente über die Effektivität lieblos verlegter Steine oder über die Empfindung der dort wohnenden Bürger werden ungeachtet übergangen.

Anlagen: Offener Brief, bestehend aus zwei Seiten

Mit freundlichen Grüßen,

Offener Brief an die Bürger von Hattersheim von Hermann Lixenfeld

Seit zwei Jahren wird das Projekt Opfergedenken-Stolpersteine, welche nur mit der Einwilligung der Hausbesitzer verlegt werden sollen, geplant und teilweise umgesetzt. Wie der hattersheimer Altbürgermeister Franssen und seine „AG-Opfersteine“ diese Aktion in eine „Zwangsverlegung“ umsetzte, sollte jeder Bürger wissen, damit sowohl die Sponsoren der Steine als auch alle Wähler, vor der kommenden Wahl 2011 erfahren, wie unsere Demokratie im wahrsten Sinne des Wortes „mit Füßen getreten wird.“

Nachdem 2008 die Stadt Hattersheim das Buch „Diktatur, Widerstand, Vertreibung 1933 - 1945“ veröffentlicht hatte, in dem neben Juden und Widerständler auch die Okrifteiler Zigeunerfamilien benannt sind, gründete sich unmittelbar danach eine „Arbeitsgemeinschaft Opfergedenken“ (AG). Die Bürger sprachen sich positiv für ein Gedenken aus nur wollten einige eine zentrale Gedenkstätte, wo man in Würde und ohne Straßenbetrieb in Ruhe gedenken, sich treffen, miteinander sprechen, Blumen niederlegen und jährliche Gedenkfeiern veranstalten könnte. Eine Aktions-Gruppe bildete sich und setzte sich unter der Leitung des Bürgermeisters und seiner Führungsriege für Opfersteine mit Messingplatten ein, die im Bürgersteig vor die Eingangstüren ehemals Verfolgter platziert werden. Für jeden Verfolgten einen Stein. Die eingefrästen Namen sollen den Passanten im Vorbeigehen an die bedauernswerten Menschen und die Schrecken der Diktatur erinnern. Auch die nicht zu Schaden gekommenen Personen obiger Minderheiten, die also keine Opfer waren, sollen einen Gedenkstein erhalten. Diese Interessengruppe, welche am kommunalen Machthebel sitzt realisierte dann ihr Projekt unter Missachtung unserer demokratischen Grundsätze, teilweise sogar untransparent und Sachverhalte verdrehend gegen den Willen und die Bedenken betroffener Mitbürger.

In zweijähriger, intensiver Reklame vonseiten der Gedenken AG nebst Bürgermeister Franssen betonten sie ihre Transparenz zur Sache und versprachen ständig, die Steine nur mit dem Einverständnis der betroffenen Bürger zu verlegen. Eine gemeinsame Zusammenkunft der Bürger betroffener Haushalte wurde vermieden. Eine bloße Einladung an 20 betroffene Haushalte (von xx) im April 2010 zur Diskussionsveranstaltung über dieses Thema erwähnte in keiner Weise, dass es sich hier um eine bereits entschiedene Maßnahme handelt. Die über die Köpfe der Bürger entschiedene Verlegung erfolgt in Raten und die Adressen hält man geheim, damit wohl keine großen Gegnergruppen entstehen können. Die undeutliche Vorgehensweise ist hinterlistig und erweckt stark den Eindruck, dass Gegenmeinungen gar nicht entstehen sollten. Deutschlandweit gibt es Städte, die sich gegen ein stolpersteiniges Opfergedenken aussprachen und lieber informativere Umsetzungen des Gedenkens bevorzugten. Das hattersheimer Präsidium stimmten 2009 für eine Verlegung auf freiwilliger Basis. Parlament und Magistrat gaben diese Empfehlung an die Stadtverordnetenversammlung weiter, welche im Glauben an das mündlich Beschlossene auf die demokratische Abstimmungspflicht sowie ein Protokoll verzichteten und finanzielle Mittel zur Verfügung stellten. Noch in einer Bürgerversammlung am 20.05.2010 teilte der Bürgermeister, als AG- Vorsitzender, der Umlandpresse schein-demokratisch mit: „Dass ihm die Zustimmung der Anwohner am Herzen liege,“ oder „aber wir möchten die Steine nur mit Zustimmung der Hausbewohner verlegen,“ und „Wir wollen niemandem etwas überstülpen.“ Die Presse setzte diese Aussagen fachgerecht zwischen Anführungsstriche und demonstrierte damit, für jeden Leser, die wörtliche Wiedergabe der erhaltenen Information. Eine Bürgerin teilte nach der Einladung zur Diskussion und einem

Telefongespräch mit dem Stadtsekretariat im April schriftlich mit, dass sie von einer Teilnahme des Projektes absehe. Ein anderer misstrauisch gewordener, betroffener

Bürger hinterfragte in der schlecht besuchten Diskussionsversammlung als einzig anwesender Hausbetroffener die wahre Absicht der AG und erhielt vom Bürgermeister nach langem Ausweichen, die Aussage: „Die Steine werden auch gegen den Willen der Bürger verlegt!“ Der Fragesteller informierte nun umgehend weitere vermeintlich betroffenen Haushalte über die erste diktierte Durchführung der Steinverlegung und traf wütende Bürger an, die angaben von dieser Maßnahme nichts zu wissen und in der Mehrheit schriftlich ihre Ablehnung zur Steinsetzung an die AG gaben.

Im AG- Protokoll vom 16.06.2010 war man sich zu 95% einig, dass die Opfersteine nun brachial, auch gegen den Willen der Anlieger zwangsverlegt werden.

Die AG lud nun die Gegner zu einem weiteren Gespräch am 10.08.2010 ein, in welchem der Bürgermeister auf Nachfrage seine Presseinformation (Frf.-Rundschau, Neue Presse und Hö. Kreisblatt) vom 20.05 2010 dementierte und als Missverstehen der Presse bezeichnete. Die Frage eines Gegners, warum er als Bürgermeister vor drei Jahren eine privat finanzierte Gedenkstätte in Eddersheim ablehnte, die sowohl NS-Verfolgte als auch gefallene Soldaten und der Bombenopfer gedenken sollte, beantwortete er mit: „Weil dann Opfer und Täter auf einer Tafel stünden.“ Die entrüstete Frage eines Gegners, ob er zwangsrekrutierte Soldaten und Bombenopfer als Täter hielt, lies er unbeantwortet. Der Nachgeschmack einer Opferdiskriminierung bleibt. Die wiederholt gestellte Frage um Einsichtnahme in das Protokoll, welches die Zwangsverlegung verordnete, beantwortete er: „Durch die Zuteilung der Finanzmittel wurde eine Abstimmung überflüssig!“ Dies kann jedoch nicht gelten, wenn ein hochprozentiger Anteil der Betroffenen Einspruch erhoben haben. Weder sind alle betroffenen und zukünftigen Haushalte direkt informiert, noch durften sie gemeinsam abstimmen. Herr Franssen und einige AG- Mitglieder hielten es jedoch für sehr wichtig, den Gegnern den Begriff „Zwangsverlegung“ in etwa zu verbieten. Schließlich schlug ein anwesender Oppositionspolitiker vor, eine Neuorientierung zu beraten und vorläufig nur die Steine vor stadteigenen Gebäuden zu verlegen.

In dem nachfolgenden AG- Protokoll vom 19.08 2010 berichtet man über die Einspruchsrücknahme eines Gemeindeangestellten, den der Bürgermeister zum Rapport gebeten hatte. Auch soll der Nachbar ihm und seiner Mutter mit Horrorgeschichten Angst vor eventuellen Folgen der Steinsetzung gemacht haben. Bei Rücksprachen beider Nachbarn dementierte der Gemeindeangestellte die Darstellungen im Protokoll. Eine Anmerkung im Protokoll auf ein „ausführliches Protokoll“ (Geheimschrift oder wie zu verstehen) macht nachdenklich und erinnert an Praktiken von Unrechtstaaten aus jüngster Vergangenheit

Die Rückschlüsse der Gegner aus den Verhaltensweisen der AG waren eindeutig. Man wollte von Anfang an die Verlegung durchsetzen, was der Bürgermeister indirekt zugab indem er sagte: „Man wollte die Aktion nicht gleich zu Anfang von der Presse zerreden lassen.“ Es scheint ein überzogenes Geltungsbedürfnis zu sein, weil er bei der ersten Steinsetzung sinngemäß verlautete: „Ich bin sehr glücklich, dass es mir in meinen letzten Amtstagen noch gelungen ist die Opfersteinaktion zu starten.“ Die Rapportbestellung des Gemeindeangestellten wird von den Gegnern als Nötigung empfunden.“ Wahrheit, Ehrlichkeit, Gerechtigkeit und Anstand bleiben hier offensichtlich auf der Strecke und das Vertrauen an Politik und Behörde geht verloren. Wenn man als Bürgermeister seit 2008 wegen unmöglichen Delikten durch die Umlandpresse immer wieder erwähnt, von der Opposition wiederholt öffentlich zum Rücktritt aufgefordert wird oder von politischen Kollegen gesagt bekommt: „Sie biegen sich die Wahrheit immer so zurecht, wie Sie diese brauchen“, zeigt es deutlich, dass sich Bürger getäuscht fühlen. Wenn er dann auch noch gegen Dienstende in Sache Stolpersteine seine Trickserie nochmals auf die Spitze treibt, dann ist dies eine bürgerverachtende Respektlosigkeit, die nur durch die blinde Unterstützung seiner Regierungsparteien und einigen „willigen Helfern“ möglich war.

Bei der ersten Steinverlegung in der Staufenstr. am 09.09. 2010 waren zusammen mit Zuschauer, Schüler, Presse und Arbeiter 29 Personen vor Ort. In der Neugasse waren am 09.11.(Pogromnacht) mit dem Polizeiaufgebot zusammen 59 Personen vor Ort, weil sich Einige sensationslüstern Proteste der Anwohner versprachen, die sich allerdings auf Transparente am Tor und im Fenster beschränkten.

Außer den Okrifteiler Gegnern gibt es auch noch Prominente wie die jüdische ehem. Zentralratsvorsitzende Frau Knobloch, die solche Denkmale ablehnt, weil Sie im Straßenstaub liegen und mit Füßen getreten werden. Die Literaturwissenschaftlerin und Leiterin der „Begegnungsstädte Alte Synagoge in Wuppertal“ führt an, „dass sich viele Politiker und Promis mit diesem unwürdigen Ablasshandel über die Pressepräsenz schmücken wollen.“ Die Stadt München und ihre jüdische Gemeinde begründen ihre Ablehnung ebenso. Die allgemeine Kritik unterstellt Selbstdarstellung, Geltungssucht, Kommerzialisierung und Eigennutz und verurteilen vehement, wenn man die Kritiker sofort in die rechte Ecke stellt und bei unüberlegter Wortwahl bestraft. Weil man 1942 auch die Kritiker des Judensterns in die linke Ecke platzierte und bestrafte empfinden Sie keinen Unterschied zwischen damals und heute. Die Tatsache aber, dass damals Diktatur und heute Demokratie herrscht lässt unsere Demokratie als sehr geschädigt erscheinen. Wenn 50% der Bürger nicht mehr wählen gehen, und Linke, Rechte, sowie religiöse Extremgruppen ständig zunehmen sind das alarmierende Zeichen, denen wir mit Mut und Privatcourage begegnen müssen. Die Steingegner in Okrifteiler haben durch ihren Widerstand Zivilcourage bewiesen und ertragen das von ihnen deutlich empfundene Mobbing der AG mit dem Beigeschmack der Erinnerung an respektlose Fremdbestimmung.

Fazit: Lieber Leser gehen Sie wählen und -
bestimmen Sie Ihre Partei, damit Sie nicht bestimmt werden.

Folgeschreiben

Hermann Lixenfeld - Flörsheim - 03.02.2011

An Höchster Kreisblatt
z. Hd. v. Herrn Kajo Schmidt

Betreff: Gemäß Rücksprache vom 3.2.2011 vereinbarte ich mit Herrn Becht eine Gegendarstellung zu ihrem Artikel vom 3.2.2011.

Sehr geehrter Herr Schmidt

Ich hatte Ihnen einen offenen Brief an die Bürger von Hattersheim übergeben in dem ich den Bürgern mitteilen wollte, wie eine AG Opfersteine zwei Jahre lang den Bürgern und der Presse erzählte transparent zu berichten und eine freiwillige Zustimmung der Anlieger zu gewährleisten. Diese Freiwilligkeit war vom Präsidium empfohlen, wurde von der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis genommen, die in gutem Glauben an die Ehrlichkeit der Freiwilligenzusage ohne Abstimmung Finanzen genehmigte. Aus meinem Brief ist klar zu ersehen, dass eine von Anfang an bewusst gesteuerte arglistige Täuschung seitens der AG, gegen die Bürgerschaft, vorliegt. Leider sehe ich in Ihrem Artikel nicht die authentische Wiedergabe meines Anliegens.

- 1.) Von mir war kein Wahlkampfthema beabsichtigt.
 - 2.) Ich habe keinen Zettel angebracht und war auch nicht vor Ort.
 - 3.) Herr Spengler kommt in meinem Brief überhaupt nicht vor. Wieso erwähnen sie den Mann? Wo steht in meinem Brief, dass er mir eine Liste gegeben hat? Er hat mir keine Liste gegeben. Ich kenne die Häuser von Zeitzeugen und im Staatsarchiv kann ich dies auch erfahren.
 - 4.) Was hat meine Tochter mit der Sache zu tun? Steht dies in meinem Brief?
 - 5.) Ich besitze Protokolle der AG Opfersteine die beweisen, dass die AG bereits weit vor Juli 2010 über die Zwangsverlegung abgestimmt hat.
 - 6.) Die Bewilligung der Haushaltsmittel kann gemäß Gesetzgebung keine demokratische Abstimmung ersetzen.
 - 7.) Es wurde **keine** Unterschrift einer dementen Bewohnerin abgegeben. Sie haben eine Kopie von diesem Einspruch gemacht weil ich ihn, aus Gründen der Ehrlichkeit, nicht im Rathaus abgegeben hatte.
- Mir erscheint der Fremdeinfluss, der Kommune auf ihre Zeitung, sehr groß zu sein.

Ich betone nochmals eindringlich: „Wenn wir weiterhin zulassen, dass unsere Demokratie infolge solche Lügenhandlungen, durch die Behörden, geschädigt wird müssen wir uns nicht wundern, wenn Extreme Gruppen Boden gewinnen!“

Mit freundlichen Grüßen,